



## Free all political prisoners, free Burma.

Between news <[burmaonlinecentre@gmail.com](mailto:burmaonlinecentre@gmail.com)>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK], Mon, 19. Sep 2011 04:45:26

### Ein positiver Wandel in Myanmar wie ihn Aung San Suu Kyi sieht –

Between News, den 19. September 2011 <<http://www.betweenonline.com/news-article/positive-change-in-myanmar-seen-by-aung-san-suu-kyi>>

Die seit langem leidenden Menschen sind noch weit von wirklicher Freiheit entfernt, obwohl die Demokratin Aung San Suu Kyi glaubt, nach Jahrzehnten der Militärherrschaft Zeichen eines politischen Wandels in Myanmar feststellen zu können.

Die neue Regierung scheint glaubhaft den Wunsch nach demokratischen Reformen zu haben, äußerte die Nobelpreisträgerin dem AFP gegenüber. Sie meinte auch, dass ein Aufstand im arabischen Stil nicht die Antwort auf die Probleme des Landes sein kann.

Die Oppositionsführerin sagte, dass in ihrem Parteibüro in Rangoon positive Entwicklungen stattgefunden hätten. Sie habe stets betont, dass sie ein vorsichtiger Optimist sei und das auch bleiben werde. Thein Sein möchte einen positive Wandel herbeiführen, aber es muss die Frage untersucht werden, wie er das, was er erreichen will, realisieren wird.

Es konnte beobachtet werden, dass die neue Regierung Andeutungen macht, sich Kritikern einschließlich Suu Kyi und ihrer National League for Democracy (NLD) zuzuwenden, die 1990 die Wahl gewann, der es aber nie erlaubt wurde, das Amt zu übernehmen.

Suu Kyi sagte, obgleich Einzelheiten ihres Gesprächs mit Präsident Thein Sein nicht offengelegt wurden, es doch Bereiche der Übereinstimmung gegeben habe, besonders im Hinblick darauf, was beide für das Land wollen.

Wie der erste Berater des Präsidenten AFP darauf hinwies, ist die Revision des kontroversen Gesetzes, das es

Gefangenen untersagt, Mitglied einer politischen Partei zu sein, ein Zeichen dafür, dass die Obrigkeit den Wunsch hegt, sich mit der Opposition in Verbindung zu setzen. Das Gesetz war von der Militärregierung herausgegeben worden und soll dem jetzigen Parlament zur Überprüfung vorgelegt werden.

Suu Kyi meinte, dass es zu früh sei, entscheiden zu können, ob ihre Partei sich an den nächsten Wahlen in 2015 beteiligen wird, aber die Ikone der Demokratie versicherte, dass sie sich bereit hielte, das Land zu führen, sollte das Volk es so wünschen.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - September 16, 2011 Issue #4270, newsletter covering Burma, "Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)>, [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

Agence France Presse, den 16. September 2011 <<http://news.yahoo.com/clinton-urges-concrete-actions-myanmar-rights-214027001.html>>

### Clinton drängt Myanmar hinsichtlich der Rechte zu „konkreten Aktionen“

San Francisco – Außenministerin Hillary Clinton forderte am Donnerstag Myanmar dazu auf, „konkrete Aktionen“ zu ergreifen, um die Lage der Menschenrechte zu verbessern und sprach damit die trotz der freundlichen Kontakte bestehenden Bedenken bezüglich der Menschenrechtsakte der neuen Regierung aus.

Clinton sprach in einer gemeinsamen Nachrichtenkonferenz nach Gesprächen mit australischen Führern und berichtete, dass der neue Koordinator für Burma, Derek Mitchell, in dieser Woche während seiner ersten Reise ins Land „produktive Gespräche“ führen konnte.

Sie fügte jedoch hinzu: „Offen gesagt haben wir jedoch ernste Fragen und Bedenken hinsichtlich einer umfangreichen Reihe von Themen“.

Sie sagte, dass die vom Militär gestützte Regierung des Landes, das zuvor als Burma bekannt war, weiterhin um

die 2000 politische Gefangene festhält und ethnische Minderheiten wie auch die Medien schlecht behandelt.

„Ich möchte die burmesische Regierung dazu auffordern, ihren Worten und Verpflichtungen durch konkrete Aktionen nachzukommen, die zu einer echten Reform, nationaler Aussöhnung und Achtung der Menschenrechte führen,“ sagte Clinton.

Die damaligen Militärmachthaber haben im vergangenen Jahr selten stattfindende Wahlen abgehalten und dann die Macht scheinbar an Zivilisten übergeben. Die Opposition wie auch die USA brandmarkten diesen Schritt als Täuschung, die dazu dient, die Kontrolle des Militärs zu zementieren.

Aber die Regierung zeigte auch Gesten wie die Freilassung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, einer Nobelpreisträgerin, die die meiste Zeit der vergangenen zwei Dekaden unter Hausarrest verbrachte.

2009 eröffnete die Obama-Administration einen Dialog mit Myanmar, nachdem sie festgestellt hatte, dass die vergangene Politik des Versuchs, das Regime zu isolieren, fehlgeschlagen ist. Aber die Vereinigten Staaten sagen, dass sie Sanktionen nur dann aufheben werden, wenn ein Fortschritt festzustellen ist.

\*\*\*\*\*

Shan-EU <[shaneu31@yahoo.com](mailto:shaneu31@yahoo.com)>, [Shan-EUgroup] BURMA'S RECONCILIATION: Piecemeal reform process or holistic approach?, Thu, 15. Sep 2011 09:11:49

Shan Herald – Agency for News Opinions - Donnerstag, den 15. September 2011 12:32 - Sai Wansai

### Burmas Aussöhnung: ein Stückwerk-Reformprozeß oder ganzheitliche Herangehensweise?

<[http://www.shanland.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=4040:burmas-reconciliation-piecemeal-reform-process-or-holistic-approach&catid=115:opinions&Itemid=308](http://www.shanland.org/index.php?option=com_content&view=article&id=4040:burmas-reconciliation-piecemeal-reform-process-or-holistic-approach&catid=115:opinions&Itemid=308)>

Jetzt, nachdem Naypyidaw seinen Border Guard Force (BGF) ...

... ↻ – Grenzschutz-)plan fallen ließ und ein neues Waffenstillstandsabkommen mit der United Wa State Army (UWSA – Staatsarmee der Vereinigten Wa-Staaten) unterzeichnet hat, fragen sich die Mongla-Gruppe, bekannt als National Democratic Alliance Army – (NDAA - Nationaldemokratische Alliance Armee), der United Nationalist Federation Council (UNFC – Vereinigter Nationalistischer Föderationsrat) und nicht-birmanische ethnische Gruppen allgemein, ob es sich hier um einen Wandel in der Regierungspolitik vom harten Kurs hin zu einer mehr pragmatischen Herangehensweise handelt, besonders dort, wo die Friedensinitiative, die sie vor einigen Wochen begonnen hat, betroffen ist.

Ein näherer Blick auf die derzeitige Entwicklung würde zeigen, dass dies nicht der Fall ist.

Lt. Verfassung von 2008 stehen alle Streitkräfte der Union unter dem Oberbefehl des Verteidigungsministeriums. Und die Umsetzung durch den Grenzschutz (BGF) ist so, dass das Ziel Naypyidaws, welches einen fortdauernden Prozess darstellt, buchstabengetreu und ohne Abweichung von der vorgeschriebenen Politik durchgeführt wird.

Seit Anfang April 2009 hat das ehemalige SPDC-Regime Druck auf die ethnischen Waffenstillstandsarmee ausgeübt, ihre Einheiten als Bataillone des BGF unter das Kommando der burmesischen Armee zu stellen, und das gilt auch weiterhin für die Regierung Thein Seins.

Seit 1994 haben sich 17 wichtige ethnische bewaffnete Antiregierungsgruppen und 23 weitere kleinere Gruppierungen ergeben oder ein Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung unterzeichnet. Im Prinzip wurden schwächere bewaffnete Gruppen entweder zur Aufgabe gezwungen, oder sich dem Grenzschutz einzureihen oder der Regierungsmiliz beizutreten, während größeren der Waffenstillstandsstatus in der eigenen Region zugestanden wurde, wo sie sich mit erhaltener militärischer Ausrüstung selbst verwalten konnten.

Im August 2009 wurde die Kokang-Gruppe, die unter dem Namen Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) mit 1000 bis 1500 Soldaten bekannt ist, von der burmesischen Armee angegriffen und überannt und später Bai Suoquian zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Der Vorsitzende Pheung Kya-

Shin, der dem BGF ablehnend gegenüberstand, wurde als Drogenhändler, Waffenschmuggler und Krimineller abgestempelt, während Bai Suoquian, der seine Unterstützung zugesagt hatte, unterstützt und gefördert wurde. Ganz offensichtlich hat das damalige SPDC-Regime die Gelegenheit zur Spaltung genützt und sich an die Seite Bai Suoquians gestellt - ein klassischer Fall der Anwendung seines Mantrams „Spalte und herrsche“.

Am 18. August diesen Jahres wurde in Übereinstimmung mit der Verfassung von 2008, die besagt, dass alle Streitkräfte sich der burmesischen Armee unterstellen müssen, die Armee der demokratischen Buddhisten der Karen (Democratic Karen Buddhist Army – DKBA) mit 12 Bataillonen aufgelöst und in eine Grenzschutz-Truppe unter dem Befehl der burmesischen Armee umgewandelt, so berichtet The New Light of Myanmar, der die Karen State Democracy and Development Party (KSDDP – Demokratie- und Entwicklungs-Partei des Karen-Staates) zitiert. Diese Partei, die zur Teilnahme an der allgemeinen Wahl vom 17. November gegründet wurde, bestätigt: „es gibt die DKBA nicht länger“. Und wiederum besteht kein Zweifel daran, dass die

Between news, den 4. September 2011 Erklärung der KSDDP das Machwerk der vom ehemaligen Militär dominierten jetzigen Zivilregierung ist.

Auf die Frage der Shan Herald Agency for News (SHAN – Shan Herald-Nachrichtenagentur) warum Naypyidaw nicht länger darauf bestand, dass, wie zuvor gefordert, die Wa und Mongla dem Grenzschutz (BGF – Border Guard Forces) eingegliedert werden sollten, antwortete ein Offizier des NDAA: „Wir haben die gleiche Frage den burmesischen Abgeordneten gestellt. Die Antwort lautete, „das gehörte zum Programm der vorherigen Militärregierung.“

Aus dieser unverbindlichen Antwort könnte abgeleitet werden, dass das Regime flexibler wird, oder dass es sich vom ehemaligen Grenzschutz-Plan der SPDC-Regierung distanziert. Aber alle Entwicklungen, die vor den jüngsten Zusammenkünften mit der UWSA und NDA liegen, weisen darauf hin, dass sich Naypyidaw verpflichtet fühlt, den Kern der BGF-Politik, basierend auf der selbstentworfenen Verfassung von 2008, unerschütterlich weiter zu verfolgen. Die jüngste Aufgabe der BGF-Forderung an die beiden Gruppen führte zum einstweiligen Waffenstillstandsabkommen und könnte nur ein

taktischer Schritt sein, der jedoch nicht das geringste mit einer Änderung des strategischen Ziels zu tun hätte.

Naypyidaw hat am 6. und 7. September Waffenstillstandsverträge mit der UWSA und NDAA abgeschlossen, die besagen: keine Feindseligkeiten, Wiedereröffnung der Liaisonbüros, vorherige Ankündigung im Falle eines Betretens des Territoriums der jeweiligen anderen Seite mit Waffen und ein gemeinsames Koordinationsteam für die regionale Entwicklung.

Die Shan State Progress Party/Shan State Army (SSA) bemängelt, dass Naypyidaw ein Waffenstillstandsabkommen mit Gruppen unterzeichnet hat, die nicht gegen Naypyidaw gekämpft haben, und es sich somit um einen Rohrkrepierer handelt, während es sich von bewaffneten Gruppen, mit denen es zu Kämpfen gekommen war, fern hält.

Major Sai Lka, Sprecher des SSPP/SSA, vergleicht den Schritt des Regimes gerne mit der Applikation eines Medikaments am falschen Ort.

Die UNFC, die im Februar 2011 gegründet wurde, setzt sich aus sechs bewaffneten Gruppen als permanente Mitglieder zusammen: der Karen National Union Organization (KNU), der New Mon State Party (NMSP), der Chin National Front (CNF), der Kachin Independence Organization, der Karen National Progressive Party (KNPP) und der Shan Progress Party/Shan State Army (SSPP/SSA).

Nai Hongsa, Generalsekretär der UNFC, beklagt dies als großen Verlust für alle ethnischen, nicht den Birmanen angehörenden Gruppen, deren Verhalten es aber dem Militär ermöglichte, die ethnische Einheit leicht zu durchbrechen, was zeigt, dass die ethnischen Gruppen nicht genügend Zusammenhalt haben.

Wie auch immer, es nützt nichts, Naypyidaw für seine Politik des „Spaltens und Herrschens“ verantwortlich zu machen, da dies im Grunde genommen seine Aufgabe ist, um die Lager der Opposition zu spalten und so seine Stellung als „Leithund“ zu halten. Statt dessen sollten die UNFC und alle anderen Oppositionslager, ob bewaffnet oder nicht, einen Weg finden, um eine große Koalition zustande zu bringen und zu zeigen, dass dies eine brauchbare Alternative zum gegenwärtigen Regime darstellt oder wenigstens sie in die Lage versetzt, einen harten politischen Handel zum Wohle der ... ↻

... Menschen zu betreiben.

Zur Zeit scheint es so, dass das Thein Sein-Regime internationale Unterstützung für seine Stückwerkinitiative erhält, wie zum Beispiel sich Aung San Suu Kyi gegenüber flexibel zu zeigen, indem es ihr zu reisen erlaubt und öffentliche Reden zu halten, oder Werkstattdiskussionen darüber zu führen, wie die jammervolle wirtschaftliche Situation gebessert werden könnte, oder aber Themen zur Armutsbekämpfung aufgreift, ebenso die Einladung an im Exil lebende Burmesen, ohne Angst vor Verfolgung nach Hause zurückkehren zu können, wie auch die hochgelobte Friedensinitiative, die sich an die nicht den Birmanen zugehörigen ethnischen bewaffneten Gruppen richtet.

Der Sonderbeauftragte für Burma, Derek Mitchell, sagte am Mittwoch vor Verlassen des Landes auf seiner Pressekonferenz, dass die burmesischen Regierung dabei sei, ihren Reformprozess zu realisieren und dass die Aussöhnung Aufrichtigkeit und Entschlossenheit zeigen sollte. Er sagte, die bedingungslose Entlassung aller politischen Häftlinge, ein umfangreicher Dialog mit Aung San Suu Kyi und allen betroffenen Politikern seien die Voraussetzung für einen Aussöhnungsprozess und nicht der Krieg gegen die nicht der Volksgruppe der Birmanen angehörigen ethnischen Gruppierungen, sie müsse friedliche Verhandlungen mit ihnen allen führen. (Quelle: BBC-Burmese, 14. September 2011).

Ogleich der internationale Applaus für Naypyidaws Flickschuster-Reforminitiative ermutigend sein mag, wird eine wirkliche nationale Aussöhnung davon abhängen, ob der Reformprozess allumfassend sein wird oder ganzheitlich alle Nöte Burmas mitberücksichtigt.

Und deshalb wird die Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen nur mit der UWSA und NDAA dem ganzen Land solange nicht den Frieden bringen, wie der Krieg gegen andere ethnische bewaffnete Nationalitäten andauert. Gleichermäßen kann die Entlassung Aung San Suu Kyis allein dem Demokratisierungsprozess im wirklichen Sinne nicht helfen, solange 2000 oder mehr politische Häftlinge weiterhin festgehalten werden.

Vielleicht ist es höchste Zeit für die Thein Sein-Regierung, ihr Kalkül aufzugeben, politische Häftlinge als Pfand dafür benutzen zu wollen, den internationalen Druck zu mindern, wie auch das „Spalte und herrsche“ anzuwenden, um ihre Stellung als

Leithund im Kampf gegen bewaffnete ethnische Gruppierungen zu behaupten. Statt dessen sollte sie ein umfassendes Bild der Aussöhnung in Betracht ziehen und damit beginnen, die politischen Häftlinge zu entlassen, landesweit den Waffenstillstand auszurufen und mit allen Akteuren im Lande einen allumfassenden politischen Dialog führen.

Der Autor ist Generalsekretär der im Exil lebenden Shan Democratic Union.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS, September 8, 2011  
Issue #4264, Thu, 08. Sep 2011, "Editor"  
<[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)>, www.burmanet.org

### The Irrawaddy -

<[http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=22038](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=22038)>  
Donnerstag, den 8. September 2011

## Nobelpreisträger bitten Clinton dringend, die burmesische Col zu unterstützen

- LALIT K JHA

Washington – Am Mittwoch baten fünf prominente Nobelpreisträgerinnen US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton eindringlich, die Einrichtung einer Untersuchungskommission (Col) wegen möglicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma zu unterstützen.

Die fünf Nobelpreisträgerinnen – Mairead Maguire, Rigoberta Menchú Tum, Jody Williams, Shirin Ebadi und Wangari Maathai – appellierten in einem offenen Brief an Clinton, „öffentlich und unwiderruflich“ die Einrichtung eines Col während der kommenden UN-Generalversammlung (UNGA) im September zu unterstützen.

In dem Brief wird die US auch aufgefordert, „mit allen relevanten Regierungen“ in einer UNGA-Resolution ausdrücklich an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zu appellieren, einen Col „wegen möglicher Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen einzusetzen und in der nächsten Sitzung der Generalversammlung darüber zu berichten“.

Es erfolgte keine umgehende Reaktion des Außenministeriums, aber es ist anzunehmen, dass die Obama-Administration diesbezüglich eng mit ihren internationalen Partnern in New

York zusammenarbeitet. Bisher haben 16 Länder ihre Unterstützung für einen Col zugesagt, der erstmalig im vergangenen Jahr vom UN-Rechtsgesandten für Burma, Tomás Ojea Quintana vorgeschlagen wurde.

„Ihre positive Stimme – und Führung zum Erreichen einer Unterstützung – ist notwendig, um eine Mehrheit zu gewinnen,“ sagten die Nobelpreisträgerinnen und fügten hinzu, dass sie hofften, dass Clinton eine Haltung vertreten wird, durch die die burmesischen Herrscher auf den langen Weg zur Verantwortungsübernahme gebracht werden können und um zu demonstrieren, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen nicht toleriert werden.

Eine Resolution, die einen Untersuchungsausschuss fordert, würde für das burmesische Volk, das seit so langer Zeit darum bemüht ist, der Ungerechtigkeit im Lande ein Ende zu setzen, eine unglaubliche Unterstützung bedeuten. Gleichzeitig wäre es eine mächtige Abschreckung für all diejenigen, die immer wieder an anderer Stelle solche Handlungen wiederholen,“ sagten sie.

In ihrem Brief wiesen sie auch darauf hin, dass die neu installierte Regierung trotz der Wahlen im vergangenen Jahr und der Versprechen Naypyidaws, demokratische Reformen herbeizuführen, fortfährt, in großem Umfang Menschenrechtsverletzungen zu begehen.

„Frauen sind besonders davon betroffen, wenn der Staat Waffenstillstandsabkommen bricht und in den nördlichen Shan-Staaten und Kachin-Staaten militärische Angriffe durchführt“, schrieben sie.

„Das Militärregime begeht völlig ungestraft schwere Verbrechen gegen die ethnische Bevölkerung. Dutzende von Frauen wurden seit Januar 2011 vergewaltigt und Flüchtlinge berichteten, dass die Regierungssoldaten erklärt hätten, dass dies auf Befehl geschehen sei, was den Einsatz früherer Sexualgewalt als Kriegswaffe in Burma beweist“, sagten sie.

\*\*\*\*\*

Between news <[burmaonlinecentre@gmail.com](mailto:burmaonlinecentre@gmail.com)>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK], Sun, 04. Sep 2011 07:13:37

**Between** -Covering news about Burma, Myanmar <<http://www.betweenonline.com/news-article/europe-urged-by-amnesty-to-back-myanmar-crimes-inquiry>>

# Amnesty drängt Europa, die Untersuchung von Verbrechen in Myanmar zu unterstützen -

Between news, den 4. September 2011

Amnesty drängt die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten, ihre Unterstützung zur Bildung eines UN-Untersuchungsausschusses für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Myanmar zu verstärken. Diese Information wurde am Freitag zur Veröffentlichung im online exile news magazine Irrawaddy weitergeleitet.

Amnesty International hatte bereits zuvor gesagt, dass die abwartende Haltung gegenüber der vom Militär beherrschten Regierung Myanmars unverantwortlich sei und drängte die EU, die Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Lande zu unterstützen.

Amnestys Myanmar-Forscher, Benjamin Zawacki, berichtet, dass die Regierung Myanmars nach der Niederwerfung der von Mönchen angeführten Proteste, der sogenannten Safran-Revolution, seit Jahren fortfährt, die Menschenrechte auf breiter Basis zu verletzen.

Zawacki gibt an, dass lt. Berichten aus den Gebieten der ethnischen Minderheiten sich die Zahl der im Innern vertriebenen Menschen auf 50.000 beläuft und die Misshandlungen seit Amtsantritt der neuen Regierung nach den umstrittenen Wahlen im November anhalten.

Nach Jahren, ja selbst nach Jahrzehnten des Abwartens und hinlänglichen Hinschauens findet Zawacki, dass diese Verstöße Rechenschaft verlangen.

Zawacki fährt fort, dass die Kampfhandlungen zwischen dem Militär und den bewaffneten Rebellen im Kachin-Staat im Norden und den Karen- und Shan-Staaten in der Nähe der thailändischen Grenze im Osten seit den Wahlen zugenommen hätten oder

wieder aufgeflammt seien.

Gefangene werden als Träger, menschliche Schutzschilde und Minensucher eingesetzt, es werden Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt festgestellt und berichtet, und die Anzahl der Flüchtlinge wurde Ende Juli auf 30.000 in den Shan-Staaten und 20.000 im Kachin-Staat geschätzt.

Tomas Ojea Quintana, UN-Sonderbeauftragter für Menschenrechte in Myanmar, wird im Oktober der UN einen entsprechenden Bericht vorlegen. Eine Resolution über Myanmar wird voraussichtlich unter Führung der EU folgen, sagte Zawacki.

\*\*\*\*\*

"Burma News" <[burma\\_news@verizon.net](mailto:burma_news@verizon.net)>, Burma News - 12 September 2011, Tue, 13. Sep 2011 03:14

**VOA, den 12.9.2011 -**

<<http://www.voanews.com/english/news/US-Envoy-Offers-Burma-Road-Map-for-Lifting-Sanctions-129646318.html>>

## US-Gesandter bietet Burma eine Road Map zur Aufhebung von Sanktionen an - VOA-Interview mit Derek Mitchell

Der Sondergesandte für Burma berichtet, dass er mit der neuen Regierung in Naypyidaw über die Bedingungen gesprochen habe, unter denen amerikanische Sanktionen aufgehoben werden könnten.

VOA, den 12.9.2011

Derek Mitchell, der vergangene Woche in der burmesischen Hauptstadt eintraf, ließ sich nicht darüber aus, was er der burmesischen Führung zu tun riet. Er sagte jedoch dem burmesischen Dienst des VOA, dass es ermutigende Gesten gegeben hätte und dass die Vereinigten Staaten beobachten werden, wie Burma darauf antwortet.

„Es gibt Voraussetzungen unter denen die Sanktionen aufgehoben würden. Und ich führte dieses Gespräch in Naypyidaw,“ erklärte Mitchell. „Wir werden deshalb sehen, wie sich dort die Dinge entwickeln. Sie sollten wissen, dass es ermutigende Hinweise, Gesten und Dinge gab, die sich hier ereigneten. Und wir beobachten, wie es sich entwickelt und wie es läuft und werden dann in Washington entsprechend darauf antworten.“

Eines der Zeichen, dass sich die Dinge wandeln, ist die Tatsache, dass die Re-

gierung sich entschlossen hat, einen Reporter des burmesischen Dienstes von VOA ins Land zu lassen. Der Reporter Khin Soe Win, der mit Mitchell in Rangoon sprach, ist der erste Mitarbeiter dieses Dienstes, der als erster nach 16 Jahren ins Land gelassen wurde.

Mitchell befindet sich, nachdem im vergangenen Monat seine Amtsbestätigung durch den US-Senat erfolgte, auf seiner ersten Reise nach Burma. Mitarbeiter des auswärtigen Amtes berichten, dass er sich am Freitag mit den Ministern des auswärtigen Amtes, für Arbeit, soziale Wohlfahrt, Information und Grenzangelegenheiten getroffen habe. Derzeit hält er sich zu Gesprächen mit der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi und anderen in Rangoon auf.

Mitchell berichtete dem VOA, dass die Gespräche bisher sehr produktiv verlaufen seien, dass es jedoch zu früh sei, um absehen zu können, ob die Obama-Politik des Engagements in Burma Ergebnisse zeitigt.

„Nun, ich denke, es ist zu früh, um hierüber zu kommentieren. Ich habe meine Arbeit vor zwei Wochen begonnen,“ bemerkte Mitchell. „Dies war bisher eine sehr produktive Reise, aber ich bin wirklich erst seit zwei drei Tagen dabei. Und ich bin hier, um zu lernen und zuzuhören und mich einzubringen und sehr freie Gespräche zu führen und Orte zu sehen wie diesen, der ein bemerkenswerter Beweis für die Lebendigkeit und das Engagement der Menschen dieses Landes ist. Wir werden also sehen.“

Die derzeitige burmesische Regierung ist seit Ende März im Amt und löste die über lange Zeit regierende Militärjunta ab. Seitdem wurde der Dialog mit Aung San Suu Kyi eröffnet, Besuche von internationalen Menschenrechtsbeobachtern erlaubt und es fanden gemäß den Forderungen der internationalen Gemeinschaft, bisher Friedensgespräche mit den ethnischen Aufständischen im Norden statt, die aber ohne Erfolg blieben.

Die neue Regierung wird jedoch von ehemaligen Militäroffizieren beherrscht, die mit dem alten Regime verbunden sind, das weiterhin mehr als 2000 politische Häftlinge festhält.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - September 3 – 6, 2011  
Issue #4263, Tue, 06. Sep 2011, "Editor"  
<editor@burmanet.org>, [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

**The Irrawaddy**, den 6. September 2011  
<[http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=22022](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=22022)>

## Exil-Journalist nach Rückkehr in Rangoon festgenommen WAI MOE

Wie berichtet wird, wurde Sein Kyaw Hlaing, ein ehemaliger alter, burmesischer Journalist, der im Exil für den burmesischen Dienst des BBC (BBC Burmese) und Radio Free Asia (RFA – Radio Freies Asien) gearbeitet hat, bei seiner Ankunft in Rangoon festgenommen und verhört, nachdem er dem Angebot des Präsidenten Thein Sein, dass alle Exilanten nach Hause zurückkehren könnten, gefolgt war.

Sein Kyaw Hlaing, der den burmesischen Zuhörern bekannt wurde, als er 1990 als Rundfunksprecher beim BBC Burmese arbeitete, wurde wie eine seiner Bekannten am Dienstag dem The Irrawaddy mitteilte, Ende August vom burmesischen Geheimdienst kurz nach seiner Ankunft am internationalen Flughafen in Rangoon festgenommen.

„Wie ich hörte, hatte er (Sein Kyaw Hlaing) nach der Ankündigung Thein Seins bezüglich der Exilanten, wegen seiner Rückkehr nach Hause mit burmesischen Beamten in Mae Sot verhandelt,“ sagte sie. „Wie berichtet wird, wurde er kurz nach seiner Ankunft am Flughafen von Rangoon festgenommen. Es wird angenommen, dass er sich jetzt in der Sonderabteilung des Untersuchungszentrums von Aung Tha Pyay befindet.“

Bisher ist nicht bekannt, ob es zu einer Anklage kommen wird oder ob er sich nur in Untersuchungshaft befindet.

Am 17. August informierte Thein Sein burmesische Geschäftsleute und eine Gruppe von Zivilbeamten darüber, dass sie die Absicht hätten „eine Überprüfung durchzuführen, um sicherzustellen, dass Bürger aus Myanmar (Burma), die im Ausland leben, nach Hause zurückkehren können, wenn sie kein Verbrechen begangen haben.“ Der Präsident hat jedoch nicht klar gemacht, wie die Definition „Verbrechen“ vom Regime verstanden wird.

Ein Beamter der Union of Myanmar Federation of Chambers of Commerce

and Industry ( Industrie- und Handelskammer der Union Myanmar), der anonym bleiben möchte, sagte, dass obwohl Präsident Thein Sein die Exilanten zur Rückkehr eingeladen hat, alte Gesetze immer noch bestehen und dass man über die Möglichkeit für Exilanten, ohne Furcht zurückzukehren bisher noch nichts wisse.

Während seiner Tätigkeit beim BBC fand Sein Kyaw Hlaing besonders wegen seiner Wirtschaftsberichte Aufmerksamkeit. Zusammen mit dem in Washington niedergelassenen RFA berichtete er vor allem über die Angelegenheiten der herrschenden Generäle und Minister. Ein Minister, über den er berichtete, war Aung Thaung, ein Führer der regierenden Union Solidarity and Development Party und ehemaliger Minister der Industrie-1.

Nach seiner Arbeit mit dem RFA wurde Sein Kyaw Hlaing Herausgeber des in Thailand niedergelassenen New Era Journals. Zur Zeit ist er Außenmitarbeiter für RFA.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy, Newsletter for September 9, 2011  
Fri, 09. Sep 2011 17:44:49, [news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org),  
[www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)

**The Irrawaddy** - EDITORIAL, Friday,  
September 9, 2011 -

<[http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=22044](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=22044)>

## Menschenrechte schöngefärbt? -

The Irrawaddy, den 9. September 2011

Zu Beginn der Woche kündigte die neue burmesische „Zivil-“ Regierung in ihrem jüngsten Versuch, ihre reformistische Glaubwürdigkeit zu stärken, an, dass sie einen Menschenrechtsausschuss mit dem Auftrag eingesetzt habe, die fundamentalen Rechte der Bürger in Übereinstimmung mit der Verfassung von 2008 zu unterstützen und zu schützen.

Im Widerspruch hierzu wird das 15 Personen umfassende Gremium, der sogenannte Myanmar National Human Rights Commission (MNHRC - nationaler Menschenrechtsausschuss in Myanmar) unter Führung der im Ruhestand lebenden Botschafter Win Mra und Kyaw Tint Swe stehen, die in der Vergangenheit gutdokumentierte Menschenrechtsverletzungen der vorigen Militärjunta auf internationalen Foren gelegnet haben.

Was lt. Kritikern der Regierung noch schlimmer ist, dieser Schritt kommt zu dem Zeitpunkt, zu dem die neuen Herrscher sich weigern anzuerkennen,

dass sich mehr als 2000 politische Gefangene im Gulag des Landes befinden und noch weniger bereit sind, sie zu entlassen, wie dies von der demokratischen Opposition und der internationalen Gemeinschaft gefordert wird.

Und es kann ebenfalls bezweifelt werden, dass sich der MNHRC eines weiteren Problems annehmen wird, das seit langem Burma die Reputation einbringt, zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern weltweit zu gehören: der Kriegsverbrechen gegen Bürger der Volksgruppen als Teil seiner Angriffe gegen Rebellen.

Die seit kurzem wiederaufflammenden Konflikte in den Shan-, Kachin-, und Karen-Staaten scheinen unter der Regierung des Präsidenten Thein Sein zu beweisen, dass Menschenrechtsverletzungen eher zu- als abnehmen. Beweise, die von lokalen Menschenrechtsgruppen heimlich außer Landes geschmuggelt wurden, zeigen ein beunruhigendes Muster von Vergewaltigung, Zwangsarbeit und anderen Verbrechen, die völlig ungestraft von Angehörigen des burmesischen Militärs begangen werden.

Man kann deshalb nur hoffen, dass der MNHRC lediglich nicht nur dazu dient, Burmas fürchterliche Menschenrechtsakte schönzufärben. Vor allem darf die internationale Gemeinschaft nicht durch die solange nur kosmetischen Bemühungen der Regierung, die Akte bereinigen zu wollen, eingelullt werden.

Zum Glück stehen burmesische Oppositionsgruppen und Exilanten nicht allein da, wenn sie sich gegenüber diesen „Reformen“ der neuen Regierung skeptisch zeigen. In einer am 5. August 2011 vom UN-Büro in Rangoon veröffentlichten Erklärung sagte Generalsekretär Ban Ki-moon, dass er die von der armeerestützten Regierung angekündigten Reformen begrüße, er fügte jedoch hinzu, dass die Inhaftierung politischer Gefangener das Vertrauen in das Regime unterminierte.

Ban, sagte, dass die Entlassung der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi im vergangenen Jahr dem Land die Gelegenheit gegeben hätte, sich „auf den Pfad des Fortschrittes“ zu begeben und drängte auf eine „baldige Durchführung“ der vorgeschlagenen Reformen, er unterstrich ebenfalls, dass das Land weiterhin unter „ernsten, tiefhaftenden und langandauernden“ Menschenrechts-, politischen und ökonomischen Problemen leide.

... ↗

... Soll der MNHRC mehr als nur eine Zielscheibe des Spottes werden, dann müssen sich seine Führer mit den Tatsachen aussöhnen und nach mehr als fünfzig Jahren der Militärherrschaft zugeben, dass der Staat als der hauptsächlichste (wenn auch nicht der alleinige) Straftäter hinsichtlich der Angriffe auf die Menschenrechte burmesischer Bürger anzusehen ist.

Solange die Mitglieder des angeblich unabhängigen Gremiums nicht den Mut finden, sich der Wahrheit zu stellen, solange wird es notwendig sein, dass westliche und regionale Regierungen weiterhin die Übernahme der Verantwortung von Nanyidaw fordern. Und das geschieht am besten, indem sie hinsichtlich möglicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma die Forderung der Opposition nach einem Untersuchungsausschuss der UNO unterstützen.

\*\*\*\*\*

zin linn <[zinlinn@yahoo.com.au](mailto:zinlinn@yahoo.com.au)>  
NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSKJ  
News & Articles on Burma, Thu, 08. Sep 2011

**aljazeera.net** -

<<http://english.aljazeera.net/news/asia-pacific/2011/09/20119885754421184.html?>>

## Myanmar erwägt Änderung des Wechselkurses -

Al Jazeera, Donnerstag, den 8. September 2011

Der Plan, der den Export bedroht und Landwirte trifft, ist dem Anstieg des Kyat-Wertes gegenüber dem US-Dollar zu danken. Die Regierung Myanmars plant, den Wert des Kyats, der offiziellen Landeswährung, zum ersten Mal in fast vier Jahrzehnten anzuheben.

Der Wert der Landeswährung Kyat steigt gegenüber dem Dollar rapide an, was den Export bedroht.

Wirtschaftswissenschaftler glauben, dass ein großer Zufluss ausländischer Geldmittel für Projekte der Infrastruktur, hohe Öl- und Gaspreise sowie ein massiver Ausverkauf von Regierungsvermögen gemeinsam dazu beitragen, den Kyat in die Höhe zu treiben.

Landwirte, die fast 70% zur Wirtschaft des Landes beitragen, sind besonders schwer davon betroffen.

Al Jazeeras Sonderberichterstatlerin berichtet aus Rangoon. Wegen der starken Einschränkungen der Medienfreiheit nennen wir ihren Namen nicht.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy, Newsletter for September 2, 2011, Fri, 02. Sep 2011 17:59:17,  
[news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)

**The Irrawaddy**, Freitag, den

**2. September 2011**

<[http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=22010](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=22010)>

## Die Kampagne „Rettet den Irrawaddy“ nimmt an Fahrt auf -

THE IRRAWADDY

Eine Petition, die von fast 1600 einflussreichen Burmesen, unter ihnen Politiker, Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Filmdirektoren, unterschrieben wurde, ging mit der Botschaft der Kampagne „Von allen, die möchten, dass der Irrawaddy für immer fließt“ an Präsident Thein Sein.

Unter den Unterzeichnenden befinden sich: Win Tin, prominentes Mitglied der Oppositionspartei National League for Democracy, Veteran-Journalisten Sein Win und Maung Wun Tha; Kyaw Thu, Gründer der Bewegung Freie Begräbnisdienste; der Schriftsteller Than Myint Aung; Sozialaktivist Aung Thin; der gefeierte Schriftsteller Zaw Zaw Aung; sowie der Filmdirektor Cho Tu Zai.

Die Kampagne wurde von Myat Thu, einem bekannten Mitglied der Studentengruppe 88er Generation gegründet.

In einem Gespräch mit dem The Irrawaddy berichtete Mya Thu am Donnerstag, dass die Petition von „einem Brief, der unsere Besorgnis darlegt“ begleitet wurde.

Der Irrawaddy wird als die Hauptarterie Burmas angesehen, und der Lebensunterhalt von Millionen von Menschen hängt von ihm ab. Seine Quelle liegt im Kachin-Staat in Nordburma am Zusammenfluss von N'mai und Mali und fließt 2.170 km (1.348 Meilen) durch die wichtigsten Städte des Landes wie Myitkyina, Bhamo, Mandalay, Sagaing, Bagan, Magwe und Pyaw, bevor er sich in das fruchtbare Irrawaddy-Delta ergießt.

Aber heute wird der Fluss von einem bisher nicht dagewesenen Ereignis in Form eines Talsperren

Das vorherige herrschende Militärregime und Chinas Staatliche Chinese Power Investment Corporation (CPI)

beschlossen gemeinsam, den Megadamm in Myitsone zu bauen, am Zusammenfluss, der die Quelle des Irrawaddy bildet. Dieses Wasserkraftwerk-Dammprojekt wird die 15. größte Wasserkraftwerksstation der Welt sein und soll um die US\$ 3.6 Billionen kosten. Die Länge des Dammes soll 499 ft (152 m) betragen und seine Höhe 499 ft., was einem 50-Etagen-Haus gleich kommt. Die Oberfläche des Reservoirs wird sich über 295.8 Quadratmeilen (766 Quadratkilometer) erstrecken, d.h. es wird größer als der Stadtstaat Singapur sein.

Umweltschützer, Aktivisten und Politiker haben ihre wachsenden Bedenken über das Schicksal dieses mächtigen Flusses geäußert, aber die Regierung zögert, etwas gegen den Bau zu unternehmen.

Jetzt haben politische Parteien und unabhängige Kandidaten das Oberste Gericht aufgefordert, zur Rettung des Irrawaddy einzuschreiten.

„Wir haben heute einen offenen Brief verschickt“, sagte Win Cho, ein unabhängiger Kandidat. „Wir fordern eine offizielle Antwort hinsichtlich des Irrawaddy und des Myitsone-Dammprojektes.“

Win Cho sagte, dass sich unter weiteren Unterzeichnenden Bauk Ja von der National Democratic Force; Soe Kyi aus Thanlyin; Aung Myo Oo aus Kyemyindaing und Min Aung aus Botahtau, alle im Kachin-Staat liegend, befinden.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy Newsletter for September 12, 2011, Mon, 12. Sep 2011 17:09:46,  
[news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)

**The Irrawaddy**, 12. September 2011

<[http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=22053](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=22053)>

## US-Gesandter sollte der nationalen Aussöhnung den Vorrang geben - NEHGINPAO KIPGEN

Der UN-Gesandte für Burma, Derek Mitchell, wird diese Woche seine Jungfernenreise nach Burma antreten. Er ist der zweite Kandidat, der vom US-Senat vorgeschlagen wurde.

Im November 2008 hatte der scheidende Präsident Georg W. Bush Michael J. Green für diese Aufgabe vorgeschlagen, dieser Vorschlag wurde jedoch nie bestätigt. Der Posten war als ...

... Teil des Block Burmese Junta's Anti-Democratic Efforts (JADE – Blockierung der antidemokratischen Bemühungen der burmesischen Junta, Act 2008) eingerichtet worden.

Wegen seiner Erfahrung in Asien und seiner jüngsten Aufgabe als Ministerialrat für asiatische und pazifische Angelegenheiten ist Mitchell jemand, der die Region kennt, wenn auch nicht besonders gut Burma.

Die Einrichtung des Amtes eines Sonderbeauftragten mit den Befugnissen eines Botschafters ist bereits an sich ein Zeichen, dass die US-Regierung einen strategischen Wechsel in der Politik vornimmt. Unter der Bush-Administration war Burma isoliert und und als „Außenposten der Tyrannei“ bezeichnet worden. Seit des misslungenen demokratischen Aufstandes von 1988 unterhielten die USA auf Botschafferebene keine Verbindung zu Burma.

Am Vorabend seiner Reise, die am 8. September beginnt, gab das US-Außenministerium bekannt, dass der Besuch Mitchells „beabsichtigt, auf Dialog und Engagement der USA zur Erreichung gemeinsamer Ziele wirklicher Reformen, der Aussöhnung und Entwicklung des burmesischen Volkes aufzubauen“.

Es wird erwartet, dass der Gesandte während seines Besuches eine große Anzahl von Interessenten treffen wird, unter ihnen Regierungsführer und Führer der Opposition. Was sollte nun beim Versuch, die nationale Aussöhnung zu ermöglichen, Priorität haben? Sollte der Fokus auf den einheimischen Akteuren ruhen oder auf der internationalen Gemeinschaft?

Es wird erwartet, dass sein Augenmerk sich auf beide gleichzeitig richten wird. Seine Route umfasst einen Besuch in Bangkok und Jakarta. Thailand wie auch Indonesien sind zwei einflussreiche Mitglieder der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), der Burma als Mitglied angehört. Da Burma den Vorsitz für 2014 anstrebt, haben diese beiden Länder hinsichtlich der burmesischen Führung eine gewisse Möglichkeit der Einflussnahme.

Obgleich sie eine wichtige Rolle spielen, liegt der Grund der burmesischen Probleme weder im Studentenaufstand von 1988 noch in der Missachtung des Ergebnisses der allgemeinen Wahlen von 1990. Sie gründen in einer tiefwurzelnden Geschichte, die es erfordert, von den politischen Planern

und strategischen Denkern wahrgenommen zu werden.

Sollten Sie heute den ethnischen Minderheitsgruppen in Burma die Frage stellen, so werden die Mehrheit, wenn nicht gar alle antworten, dass sie sich als separate Nationalität betrachten. Diese Behauptung mag nach einem radikalen Ansatz klingen, wird aber diejenigen nicht überraschen, die die politische Landschaft Burmas vor der Unabhängigkeit von Britannien in 1948 verstehen.

Wenn die internationale Gemeinschaft *burmesisch* sagt, werden darunter allgemein alle Menschen in Burma verstanden. Die ethnischen Minderheiten sind jedoch nicht immer mit dieser Verallgemeinerung einverstanden. Vor der Unabhängigkeit des Landes galt die Bezeichnung *burmesisch* nur für denjenigen Teil Burmas, in dem die Ethnie der Birmanen lebt.

Die Karen werden z.B. argumentieren, dass sie keine Burmesen seien und nur gewaltsam in der Panglong Konferenz von 1947 zum Teil der Burmesischen Union wurden. Gleichermäßen können die Chin, Kachin und Shan argumentieren, dass sie den Vertrag von Panglong nur unterschrieben, weil die Führer der eigentlichen Birmanen jeder Nationalität die Autonomie innerhalb der Union zusicherten.

Da sich die ethnischen Minderheiten von den Burmanen nach dem Abgang der Briten, gekoppelt mit der oppressiven Art der darauffolgenden burmanischen Regierungen, verraten fühlen, fehlt es an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Burmanen und den Minderheiten.

Die Auslegung nationaler Aussöhnung mag auch unter den verschiedenen Oppositionsgruppen unterschiedlich sein. Die Mehrzahl der ethnischen Birmanen könnte einer Aussöhnung zustimmen, wenn das Ergebnis der Wahl von 1990 irgendwie anerkannt und die Verfassung von 2008 überarbeitet würde.

Für die ethnischen Minderheiten ist eine Wiederherstellung der Demokratie ohne Föderalismus nicht ausreichend. Während der wenigen vergangenen Jahrzehnte haben aufeinanderfolgende burmesische Regierungen fälschlicherweise unter einer Definition des Föderalismus die Separation oder Sezession verstanden.

Es muss der Regierung Thein Sein klar sein, dass Föderalismus nicht gleich-

bedeutend ist mit dem Auseinanderfallen Burmas. Die Regierung sollte den Spielraum für nationale Aussöhnung für alle Volksgruppen der Burmesischen Union erweitern.

Die Aussöhnung unter der Volksgruppe der Birmanen würde einen guten Anfang bedeuten. Die jüngste Mäßigung der Konfrontation zwischen der von Aung San Suu Kyi geleiteten National League for Democracy und der Regierung Thein Sein ist eine positive Entwicklung, obwohl es noch zu früh ist, daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen.

Sollte es der burmesischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft ernst damit sein, die jahrzehntealten Probleme lösen zu wollen, müssen sie die Bedenken der ethnischen Minderheiten mit in Betracht ziehen. Um dies zu ermöglichen, müsste die Regierung einen Drei-Parteien-Dialog beginnen.

An einem solchen Dialog müssten die Führer der verschiedenen Volksgruppen beteiligt sein, ebenso wie die von Suu Kyi geleitete burmesische Opposition und Vertreter der burmesischen Regierung auf höchster Ebene.

Da das Engagement der USA von allen Parteien begrüßt wird, sollte der Gesandte während seines Besuches die Gelegenheit ergreifen, den Beginn eines Drei-Parteien-Dialoges zu betonen. Damit ein solches Treffen freundlich und produktiv verlaufen kann, muss es den Volksgruppen erlaubt sein, ihre Bedenken frei und ohne Einschüchterung äußern zu können.

Da es während der vergangenen sechs Jahrzehnte dem Militär nicht gelungen ist, die ethnischen Aufständischen zu neutralisieren, ist es an der Zeit für die burmesische Regierung einzusehen, dass militärische Operationen keine Lösung für Burmas Probleme darstellen. Gewalt gebiert Gewalt.

Bei seinem Versuch, die nationale Aussöhnung zu erleichtern, muss der US-Gesandte verstehen, dass eine dauerhafte Lösung der burmesischen Probleme zum größten Teil davon abhängt, inwieweit es zur Aussöhnung zwischen der burmesischen Regierung und den ethnischen Minderheiten kommt.

Auf internationaler Ebene sollte der Gesandte die Möglichkeit von Sechsparteien-Gesprächen in Betracht ziehen, an denen die USA, die Europäische Union, die ASEAN, China, Indien und Burma teilnehmen. ...

... Jeder Durchbruch in einer solchen Szene wäre ein großer Erfolg für die Politik des Engagements der USA.

\*\*\*\*\*

zin linn <[zinlinn@yahoo.com.au](mailto:zinlinn@yahoo.com.au)>  
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]  
News & Articles on Burma, Wed, 21. Sep 2011  
**(Mainichi Japan) - 21. September 2011**  
<<http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/international/news/20110921p2g00m0in104000c.html>>

## Suu Kyi glaubt Myanmars Präsidenten zu Reformen verpflichtet -

Rangoon – Myanmars Demokratie-Ikone Aung San Suu Kyi sagte am Dienstag, dass sie erwartet, mit Präsident Thein Sein zusammenarbeiten zu können, da er sich „zu Reformen verpflichtet zu fühlen scheint“. Die internationale Gemeinschaft sollte jedoch die Sanktionen noch nicht aufheben, die gegen die vom Militär gestützte Regierung ausgesprochen wurden.

„Ich bin ziemlich zuversichtlich, dass ich mit ihm zusammenarbeiten könnte, berichtete Suu Kyi, die vergangenen November aus einem siebenjährigen Hausarrest entlassen wurde, in einem Interview mit den Kyoto News.

„Ich denke, dass der Weg für einen positiven Wandel frei ist“, sagte sie.

Sie machte diese Bemerkungen nach einem Gespräch mit Thein Sein, mit dem sie sich am 19. August im Büro des Präsidenten in der Verwaltungshauptstadt Naypyidaw getroffen hatte. Dies wurde als erster Kontakt seit 2002 zwischen einem hohen Regierungschef und der Nobelpreisträgerin vermerkt.

Suu Kyi lehnte es ab, ihre Gespräche mit dem Präsidenten zu kommentieren, sagte aber: „Ich glaube, dass er sich zu Reformen verpflichtet fühlt“.

Sie warnte jedoch, dass nicht nur Thein Sein und die demokratischen Kräfte der sogenannten zivilen Regierung, die in den Wahlen des vergangenen Jahres an die Macht kam und die von Suu Kyis National League for Democracy boykottiert wurden, gewonnen werden müssten.

„Deshalb sind es nicht nur der Präsident und ich selbst“, bemerkte sie zum Dialogprozess.

„Alle müssen hart daran arbeiten, um jeden auf die positive Seite zu ziehen“, sagte sie. „Wir müssen die Menschen durch Überzeugungsarbeit und durch Erklärungen gewinnen und durch den Aufbau von Verständnis“.

„Ich habe stets gesagt, dass ich ein vorsichtiger Optimist bin, und so werde ich auch ein vorsichtiger Optimist bleiben“.

Thein Sein, der unter der vorherigen Militärregierung Premierminister war, trat sein Amt als Präsident am 30. März an und gelobte, die nationale Aussöhnung nach Jahren der Unterdrückung der prodemokratischen Kräfte zu fördern.

Auf die Frage, ob sie sich wieder mit Thein Sein treffen werde antwortete sie: „Das hoffe ich“.

Sie hofft darauf, dass beide Seiten bei einem weiteren Treffen zusammen „eine Art von Abkommen und einen Zeitrahmen hinsichtlich des politischen Prozesses ausarbeiten können“, sagte sie.

Bezüglich internationaler Sanktionen sagte Suu Kyi, dass sie und ihre NLD „immer noch dieselbe Haltung vertreten“, nämlich, dass Sanktionen nur dann aufgehoben werden sollten, wenn die Regierung die Forderungen der Länder, die sie ausgesprochen haben, erfüllt, wie z.B. die Freilassung aller politischen Häftlinge und Fortschritte in einer wirklichen Demokratisierung.

„Damit die Sanktionen aufgehoben werden können, sollten diese Forderungen in einem annehmbaren Maß erfüllt sein,“ sagte sie.

Suu Kyi wies Spekulationen zurück, denen zufolge in einigen Kreisen befürchtet wird, dass die Entlassung tausender Gefangener zu Unruhen führen könnte, als sie sagte, dass derlei Ängste „stark übertrieben“ seien.

„Die Führer unter den politischen Gefangenen sind verantwortliche Menschen und werden nicht Unruhe der Unruhe wegen stiften“, sagte sie.

„Solange sich das Land auf dem richtigen Weg befindet, besteht keine Anlass zur Angst. Die Menschen gehen nur auf die Straße, wenn sie die Situation für so schlecht halten, dass es keinen anderen Weg für sie gibt“.

Nach ihrer Rolle im zukünftigen Myanmar befragt, antwortete sie, „Was meine kommende Rolle sein soll, müssen die Menschen entscheiden, wenn ich selbst über meine Rolle entscheiden würde, dann wäre ich kein demokratischer Führer“.

Zur Rolle der japanischen Regierung hinsichtlich der Erleichterung wirklicher Demokratisierung in Myanmar sagte Suu Kyi, „ich denke, die japanische Regierung sollte versuchen, eher den Menschen in Burma als der burmesischen Regierung nahezukommen“.

„Ich habe wiederholt gesagt, dass es so scheint, als ob die japanische Regierung gute und enge Beziehungen zu jeder Regierung, die an der Macht ist, unterhält, anstatt gute und verständnisvolle Beziehungen zu den Menschen des Landes, und das ist es, worauf es auf Dauer ankommt“.

\*\*\*\*\*